

KDFB – Informationen



3 / 2 0 0 9

14. Dezember 2009

KDFB-Bundesverband

Bundesdelegiertenversammlung 2009

Die Bundesdelegiertenversammlung des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) hat wichtige Beschlüsse für die Zukunft des Verbandes verabschiedet, unter anderem einen einheitlichen Bundesbeitrag ab 1. Januar 2011.

KDFB-Frauen im Bundestag gut aufgestellt

Neun Frauenbundsfrauen sind (wieder) in den Bundestag eingezogen. Nach der Bundestagswahl sind weitere Parlamentarierinnen Mitglied im Frauenbund geworden. Fast alle dieser Frauen haben Führungspositionen in der Bundesregierung, im Bundestag oder in der Fraktion.

Frauenbund macht sich stark für Klimagerechtigkeit

Der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) appelliert an die TeilnehmerInnen des UN-Klimagipfels, sich mit aller Macht für eine deutliche Reduktion der Treibhausgase bis 2020 einzusetzen und bis 2050 die Erderwärmung auf 2°C zu begrenzen.

Weitere Themen:

- Beschlüsse der Bundesdelegiertenversammlung
- Hohe Auszeichnungen für Marie-Theres Jösten
- Wahlen: Schatzmeisterin und Geistliche Beirätin
- Zum Tod von Sabine Caplan
- Neun KDFB-Frauen im neuen Bundestag
- Ingrid Fischbach Fraktionsvize
- Gleichstellung im Koalitionsvertrag
- KDFB-Frauen in ZdK-Gremien gewählt
- Integration aktiv mitgestalten – KDFB unterstützt interkulturelle Woche
- Bundesverdienstkreuz für Angelika Schmidt-Koddenberg
- Elfriede Schießleder erhält Bayerische Staatsmedaille für soziale Verdienste
- KDFB würdigt Beratungsarbeit von donum vitae
- Ehrenamtliches Engagement stärker anerkennen
- Ehrenamtsweis Bayern belegt Kompetenzgewinn
- Bundesarbeitstagung der Landfrauenvereinigung im KDFB
- Bundesarbeitstagung VerbraucherService
- Neue Referenten im Projekt „fürs klima. unsere ernährung.“
- KDFB startet Projekt „Einstieg, Umstieg, Aufstieg!“
- Kirchen und Verbände begrüßen Karlsruher Urteil zum Sonntagsschutz
- Führen im Ehrenamt – FrauenPerspektiven
- Zollitsch würdigt Einsatz katholischer Frauen im Ehrenamt
- Zeitschrift: Themenvorschau

Aus Verbänden & Organisationen

Deutscher Frauenrat

Auf seiner Mitgliederversammlung Anfang Dezember in Berlin hat der Deutsche Frauenrat umfassende Maßnahmen gefordert, mit denen die fortgesetzte Entgeltdiskriminierung von Frauen mit größerem Nachdruck und Erfolg bekämpft werden soll. Einstimmig angenommen wurden auch zwei Anträge des KDFB.

donum vitae

Als eine Erfolgsgeschichte hat die Bundesvorsitzende von donum vitae (Geschenk des Lebens), Rita Waschbüsch, die ersten zehn Jahre des Bestehens dieser Hilfs- und Beratungsorganisation bezeichnet. Heute seien an 192 Orten rund 300 Beraterinnen tätig, die bisher rund 290.000 Erstkontakte mit schwangeren Frauen, Paaren oder werdenden Vätern gehabt hätten. Viele von ihnen kämen zusätzlich zu Folgeberatungen. Der KDFB würdigte die Arbeit von donum vitae.

Hildegardis-Verein

Das bundesweit erste Mentoring-Programm für Studentinnen mit Behinderung, das der Hildegardis-Verein seit mehr als einem Jahr durchführt, ist Mitte November vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf dem dritten Gleichstellungsgipfel in Stockholm als hervorragendes Modell für innovative Gleichstellungsinitiativen in Deutschland vorgestellt worden. Der Hildegardis-Verein fördert mit dem Mentoring-Programm die Gleichstellung von studierenden Frauen mit Behinderung.

Weitere Themen:

- Deutscher Frauenrat: Betreuungsgeld: Offener Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel
- Deutscher Frauenrat: Anträge des KDFB an Mitgliederversammlung
- Deutscher Frauenrat: Medien-Fachtagung „Brutal – normal?“
- Familienbund warnt vor Privatisierung der Pflegeversicherung
- Betreuungsgeld: Familienbund warnt vor neuen ideologischen Grabenkämpfen
- Familienbund: Betreuungsgeld für alle Eltern
- FidAR: Mehr Frauen in die Aufsichtsräte
- Katholische Landjugendbewegung: Online-Portal zum kritischen Konsum
- SKF begrüßt Stellungnahme des Deutschen Ethikrates zur vertraulichen Kindesabgabe
- Terre des Femmes befürwortet geplante Bundesratsinitiative zur genitalen Verstümmelung
- UNIFEM-Preis für Frauenorganisationen aus Peru und Ghana
- ZdK mit neuer Führungsspitze
- ZdK fordert mehr Bildungsgerechtigkeit
- ZdK: Debatte um Moscheebauten nicht überfrachten
- ZdK für Beibehaltung der anonymen betreuten Geburt
- ZdK begrüßt Entscheidung zum Sonntagsschutz

Thema: Pflege & Beruf

KDFB: Pflege und Beruf vereinbaren

Der Studienteil der Bundesdelegiertenversammlung befasste sich mit der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege. In einer Stellungnahme verabschiedeten die 130 Delegierten einstimmig Forderungen an Gesellschaft und Staat, um Rahmenbedingungen für Pflegebedürftige, pflegende Angehörige und in der Pflege Beschäftigte zu verbessern.

Arbeitsgruppen

In fünf Arbeitsgruppen diskutierten die Delegierten mit Fachfrauen und -männern über Verbesserungen der Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige und für in der Pflege Beschäftigte

- **Arbeitsgruppe 1:** Projekt „Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege“. Beispiele für das Engagement von Unternehmen, Beschäftigte mit Pflegeaufgaben zu entlasten
- **Arbeitsgruppe 2:** Altenpflege aus der Sicht der kirchlichen Sozialarbeit. Beratung und Unterstützung von Pflegenden und Pflegebedürftigen – mit einem kritischen Blick auf das Modell der Pflegestützpunkte
- **Arbeitsgruppe 3:** Konzepte zur Unterstützung von pflegenden Angehörigen
- **Arbeitsgruppe 4:** Berufliche Tätigkeit in der Pflege. Entwicklung der Pflegeberufe und Sicherung der Qualität durch Aus- und Weiterbildung
- **Arbeitsgruppe 5:** Alltag in einem Alten- und Pflegeheim. Qualitätssicherung durch Personalschulung

Studie: Pflege genießt wenig Vertrauen

Drei von vier Deutschen befürchten laut Studie, im Pflegefall nicht ausreichend versorgt zu sein. Nach einer in Berlin veröffentlichten Allensbach-Umfrage fühlen sich nur zehn Prozent für den Pflegefall finanziell genügend abgesichert. Für mehr als zwei Drittel der Befragten räumt die Politik dem Thema Pflege nicht den angemessenen Stellenwert ein. Offizielle Statistiken gehen davon aus, dass die Zahl der Pflegebedürftigen von derzeit rund zwei Millionen bis 2050 auf vier Millionen steigen wird.

Weitere Themen:

- Neue Hotline soll Ärzte über das Thema Demenz informieren
- Fachverband fordert Hochschulausbildung für Pflegekräfte
- Information über frühe Demenz veröffentlicht
- Krankenkassen fordern bessere Versorgung bei Demenz
- Studie: Jeder zweite Deutsche wird pflegebedürftig
- Studie: Häusliche Pflege belastet Geringverdiener am stärksten

Nachrichten

Armutskonferenz: Existenzminimum für Kinder neu berechnen

Die Nationale Armutskonferenz (NAK) hat eine Neuberechnung des Existenzminimums für Kinder gefordert. Die bestehenden Regelsätze deckten den tatsächlichen Bedarf längst nicht mehr. Dabei müssten Bildungsausgaben ebenso berücksichtigt werden wie Kosten für Gesundheit, Betreuung, Schulfahrten oder Mahlzeiten.

Deutscher Ethikrat mehrheitlich für Ende der anonymen Kindesabgabe

Der Deutsche Ethikrat hat sich mit deutlicher Mehrheit für ein Ende von Babyklappen und anonymen Geburten ausgesprochen. Beide seien ethisch und rechtlich sehr problematisch. Die Stellungnahme wird kontrovers diskutiert.

UN-Bericht: Klimapolitik muss Frauenförderung berücksichtigen

Die Klimapolitik muss nach Ansicht des UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) stärker die weltweite Bevölkerungsdynamik, Frauenförderung und Gesundheit berücksichtigen. „Arme Frauen in armen Ländern sind am stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffen“, sagte die UNFPA-Vertreterin Bettina Maas. Laut Report können Investitionen in Frauen und Mädchen, die Wirtschaftsentwicklung

vorantreiben und die Armut bekämpfen. Das betreffe vor allem die Bildung. Frauen mit höherer Schulbildung hätten später eher kleinere und gesündere Familien.

Weitere Themen im Nachrichtenteil:

- In Wirtschaftskrise steigt Wert der Familie
- Studie: Viele Väter länger als zwei Monate in Elternzeit
- Ministerin: Betreuungsgeld darf nicht von Betreuung fernhalten
- Mehrere Verbände fordern Abkehr vom Betreuungsgeld
- Baumgartner: Debatte um Betreuungsgeld beenden
- Haderthauer: Migrantinnen aus gesellschaftlicher Isolation holen
- Schavan: Zuwandererkinder nicht mit Problemen gleichsetzen
- Familien- und Sozialverbände fordern Kindergrundsicherung
- Fast jeder sechste armutsgefährdet – Verbände: Hartz IV anheben
- Union drängt auf rasche Regelung der vertraulichen Geburt
- Streit um Babyklappen geht weiter
- SPD-Frauen: Nein zu Babyklappen ist richtig
- Kirchen fordern konkrete Beschlüsse vom UN-Klimagipfel
- Bischof: Billigkleidung vom Discounter geht zu Lasten der Armen
- Hilfswerke fordern verlässliche Finanzierung vom Klimaschutz
- Schavan: In der Krise nicht an Entwicklungshilfe sparen
- Ernährungsgipfel verabschiedet Erklärung zum Kampf gegen Hunger
- Unicef: 150 Millionen Kinderarbeiter weltweit
- „Bündnis gegen Menschenhandel“ startet in Berlin
- Appelle zum „Tag gegen Gewalt an Frauen“
- EU-Frauenausschuss fordert nationale Aktionspläne gegen Gewalt
- EU-Parlamentarier: Gewalt gegen Frauen ist alarmierend hoch
- Justizminister: Genitalverstümmelung strafrechtlich verfolgen
- Menschenrechtler: Afghanische Frauen weiterhin diskriminiert
- Käßmann neue Ratsvorsitzende
- Russisch-orthodoxe Kirche bietet EKD klärendes Gespräch an

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Katholischer Deutscher Frauenbund - Bundesgeschäftsstelle -, Kaesenstraße 18 - 50677 Köln
Telefon: (0221) 86092-0 Fax: (0221) 86092-79
Email: Internet: www.frauenbund.de

Redaktion:

Gabriele Klöckner
[gabriele.kloeckner\(at\)t-online.de](mailto:gabriele.kloeckner(at)t-online.de)